

⇒ Oliver Hidalgo

## Kritik der Identitätspolitik in der Demokratie

»[D]ie Menschen in Deutschland scheinen in einer immerwährenden Angst um ihre nationale Identität zu leben« (Adorno 2019, 22).

⇒ 1 Einleitung

Seitdem in den Feuilletons wie in der Wissenschaft die These von Mark Lilla (2016; 2017a; 2017b; 2018), linke Identitätspolitiken seien für den Aufschwung des Rechtspopulismus in westlichen Demokratien wesentlich mitverantwortlich, in etwas aufgeschreckter Manier diskutiert wird, sind Idee und Begriff der Identität bzw. der Identitätspolitik von Neuem in Verruf geraten.<sup>1</sup> Gewisse Bestätigung fand Lillas Position u.a. bei Nancy Fraser (2017), die den reaktionären (Rechts-)Populismus als direkte Folge eines einseitig progressiven Neoliberalismus interpretierte, oder bei Francis Fukuyama (2019a, 9ff., 146ff.), der den Wahlsieg des Rechtspopulisten Donald Trump in

direkte Kausalität damit brachte, dass sich die politische Linke in den USA in den letzten Dekaden immer stärker auf die gleichberechtigte Anerkennung ethnischer und religiöser Minderheiten konzentrierte und im Gegenzug die Interessen der weißen Mehrheitsbevölkerung vernachlässigte. Ähnliche Versäumnisse erkennt Fukuyama (2019a, 198) auf Seiten der Linken in Deutschland. Diese habe

---

**Oliver Hidalgo**, geb. 1971, apl. Prof. Dr., Studium der Politikwissenschaft, Recht und Kommunikationswissenschaft in München, außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaft an der Universität Regensburg und Akademischer Oberrat a. Z. an der WWU Münster. Neuere Veröffentlichungen: Politische Theologie. Beiträge zum untrennbaren Zusammenhang zwischen Religion und Politik, Wiesbaden: Springer VS 2018; Flucht und Migration in Europa. Neue Herausforderungen für Parteien, Kirchen und Religionsgemeinschaften (mit Gert Pickel), Wiesbaden: Springer VS 2019; Politik, Ethik und Religion. Auf der Suche nach der guten Ordnung (mit Stefanie Hammer), Wiesbaden: Springer VS 2020.

GND: 129969095

---

DOI: [10.18156/eug-1-2020-art-6](https://doi.org/10.18156/eug-1-2020-art-6)

(1) Für ehemals publizierte Fundamentalkritiken an der Identitäts- und Anerkennungspolitik, welche die Instrumentalisierung von religiösen und kulturellen Unterschieden anprangern, siehe z. B. Meyer 2002 und McNay 2008. Für einen Überblick über die Anfänge und Entwicklungen der Debatte siehe v.a. Alcoff 2006, Eisenberg/Kymlicka 2011, Heyes 2016 sowie Susemichel/Kastner 2020.

den von Bassam Tibi lancierten (plausiblen) Vorschlag einer demokratischen Werten verpflichteten »Leitkultur« mit dem Argument torpediert, damit illegitimer Weise die Überlegenheit der eigenen »kulturellen Konzepte« zur Schau zu stellen. »Unabsichtlich« sei die »deutsche Linke« so »Islamisten und Rechten entgegen[gekommen], die an der ethnischen Identität festhielten«.<sup>2</sup>

Wie sehr die einschlägige Debatte in der Zwischenzeit indes in eine Sackgasse geraten ist, enthüllt sich nicht allein daran, dass das Pochen auf eine »Leitkultur« seinerseits Identitätspolitik in Reinform bedeutet und Fukuyama offenbar nur deren Art und Ausrichtung zur Disposition stellt. Vielmehr ist die Lesart, linke Identitätspolitik habe den Aufstieg des Rechtspopulismus zumindest begünstigt, als solche zu unterkomplex, um sie überhaupt sinnvoll widerlegen (oder auch bekräftigen) zu können. Denn so gut belegbar es empirisch auch sein mag, dass der vor allem von linksliberaler Seite vorangetriebene Ausbau von Minderheitenrechten in den heutigen Migrationsgesellschaften vom »Backlash« eines rigiden Kulturkonservatismus begleitet wird,<sup>3</sup> so bleibt die Kausalität in diesem Zusammenhang doch reichlich spekulativ. Im Umkehrschluss lassen sich linke Anerkennungspolitiken zudem jederzeit mit dem Argument rechtfertigen, lediglich angemessen auf Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten zu reagieren, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion, Hautfarbe, sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität zu erdulden hatten und haben. Mit anderen Worten, selbst *wenn* etwa das Eintreten für die gleichberechtigte Identität von Männern, Frauen und Diversen, Weißen und Farbigen, Christen und Muslimen, Einheimischen und Migranten den Widerstand von Individuen und Gruppen herausfordert, die an einer angeblich »natürlichen« Geschlechterhierarchie, traditionellen Privilegien oder sogar an rassistischen Vorurteilen festhalten wollen, wäre damit die Legitimität des Anliegens keineswegs in Abrede gestellt<sup>4</sup> und könnte gerade das Vorhandensein von solchem Widerstand die Dringlichkeit und Berechtigung einer derartigen »linken« Identitätspolitik sogar erhöhen.

Noch schwerer wiegt, dass die konstatierte Spiralbewegung womöglich weniger dem Schema »Links provoziert Rechts« als vielmehr

(2) Siehe dazu auch Fukuyama 2019b. Zum Wandel ethnischer Identitätspolitik siehe überdies Thies 2015.

(3) Dazu z.B. Hochschild 2016, Vance 2016, Goodhart 2017, Abrajano/Hajnal 2017, Steenvoorden/Harteveld 2018 sowie Norris/Inglehart 2019.

(4) Für dieses Argument siehe vertiefend Kastner/Susemichel 2019. Siehe ebenso Dowling et al. 2017.

»Rechts provoziert Links« folgt, respektive sich in der müßigen Frage nach Ei und Henne verfängt. Jedenfalls ist nicht von der Hand zu weisen, dass der Ausbau von Minderheitenrechten, welcher sich im Normalfall hinter dem Label »linke Identitätspolitik« verbirgt, als solcher wohl erst gar nicht aufgetreten wäre, wenn in vielen westlichen Demokratien rassistische, homophobe, patriarchalische und xenophobe Einstellungen nicht nach wie vor weit verbreitet wären. Das heißt, die Liberalisierungsschübe, die dort im Hinblick auf die Anerkennung von vom Mainstream abweichenden Identitäten spätestens seit den 1970er Jahren zu beobachten sind, sind nicht einfach als »Sündenfall« der Linken zu brandmarken, sondern waren in ihrer normativen Stoßrichtung im Zweifelsfall alternativlos.

Ein massives Problem der (wissenschaftlichen) Kontroverse stellt schließlich auch das Phänomen dar, dass die Debatte zur Ausblendung von Aspekten neigt, die nicht zum jeweils zugrunde gelegten theoretischen Ansatz passen. So wie daher die Kritik an der linken Identitätspolitik oft die zumindest korrelierenden rechtspopulistischen »Begleiterscheinungen« vernachlässigt, neigt umgekehrt die Kritik an der »rechten« Identitätspolitik dazu, diese ganz für diese Seite zu vereinnahmen und mithin etwa den Antipluralismus exklusiv als Sache der politischen Rechten anzusehen (siehe Müller 2019, FN 1). Dies lanciert wenigstens die Suggestion, dass sich ein Linkspopulismus *jenseits* von Identitätspolitik abspielt, da in diesem Zusammenhang die Zielvorstellung eines homogenen Volkskörpers ja von vornherein nicht im Raum steht.

Der hier verfolgte Erklärungsansatz setzt an den evidenten Widersprüchen der Identitätspolitik an, leitet aber aus dem Umstand, dass Identitätspolitiken nahezu *immer* in zwei gegensätzliche Richtungen laufen (und somit tendenziell ihr eigenes Gegenteil evozieren), gerade nicht ab, dass sie dadurch »zur Karikatur ihrer selbst geworden ist« (Furedi 2018, 25).<sup>5</sup> Stattdessen sollen im Rahmen des vorliegenden Aufsatzes die nachweisbar konträren Arten der Identitätspolitik gemeinsam demokratietheoretisch verortet werden. Vor diesem Hintergrund ist/sind die Identitätspolitik(en) in ihrer Bedeutung für den politischen Diskurs in westlichen Demokratien erst verständlich zu machen. Die auf diese Weise artikulierte Position mündet einerseits in

(5) Der Autor bezieht sich dabei auf den vordergründig de facto paradoxen Umstand, dass beispielsweise in den USA mittlerweile nicht mehr nur Farbige, Latinos, Frauen oder sog. LGBTs (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender) verstärkt auf ihre kulturelle »Identität« zur Durchsetzung politischer Ziele pochen, sondern dies gerade auch von Seiten des weißen, heterosexuellen, protestantischen Mainstreams erfolgt, der damit seine gefährdete hegemoniale Stellung restaurieren will. Zur Thematik ebenso Martschukat 2018.

eine grundlegende Kritik der Identitätspolitik, um letztere andererseits zugleich als unvermeidlichen Teil der Anerkennungskämpfe in modernen Demokratien zu akzeptieren. Nicht um eine rigorose Abkehr von der Identitätspolitik in ihren diversen Gewändern geht es daher, sondern lediglich darum, mithilfe eines reflexiven Bewusstseins eine extreme identitätspolitische Polarisierung des politischen Diskurses zu vermeiden.

## ⇒ 2 Identität und Identitätspolitik

Anders als die meisten politischen Grundbegriffe<sup>6</sup> ist der Begriff »Identität« als solcher nicht wirklich umstritten. Etymologisch von lateinisch »idem« (= derselbe, dasselbe) bzw. von dessen Abstraktum »identitas« abgeleitet, meint die Identität offensichtlich die eigentümlichen Merkmale, die Individuen und Gruppen als wichtig und wesentlich für ihr Selbstverständnis erachten. Die mathematische Vorstellung der Identität als (völlige) Übereinstimmung von betrachteten Größen kommt dabei zum Ausdruck, indem die Identität nicht zuletzt das bezeichnet, worin sich mehrere Menschen als »gleich« miteinander wähnen. Auf der anderen Seite umfasst die Identität deshalb jedoch ebenso die Charakteristika, durch die sich Individuen und Gruppen von anderen signifikant unterscheiden.<sup>7</sup>

Schon an dieser propädeutischen Begriffsbestimmung wird deutlich, dass sich ein markanter Widerspruch in den Begriff der Identität selbst hineinverlagert hat, indem die Identität gleichermaßen (und lediglich abhängig von der angelegten Perspektive) das benennt, worin Menschen anderen Menschen gleichen *und* sich unterscheiden. Die eigentliche Kontroverse um die »Identität« fängt nichtsdestoweniger erst dort an, wo aus ihr – ebenfalls simultan – Markierungen für Inklusions- und Exklusionsprozesse abgeleitet werden, wenn also exakt die Merkmale, die Menschen als Individuen bzw. als Angehörige einer Gruppe (angeblich) »identifizierbar« machen, der Ansicht Vorschub

(6) Vgl. Göhler u.a. 2006. Inwiefern der Begriff »Identität« zu den politischen Grundbegriffen zu zählen ist, kann hier allerdings nicht erörtert werden. Weder das Standardwerk *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland* (Brunner u.a. 2006) noch das *Lexikon Politik* (Fuchs/Roller 2007) führen ihn an, für die Gegenwart ist im Hinblick auf die »Identität« jedoch zweifelsohne ein Bedeutungsgewinn zu verzeichnen.

(7) In diesem Zusammenhang sei etwa nur an die rechtliche Identitätsfeststellung erinnert, die mithilfe registrierter »Personalien« die Einzigartigkeit und Unverwechselbarkeit jedes Individuums bestätigt.

leisten, ob sie bestimmte Rechte und Ansprüche erheben können oder aber ob sie ihnen aus dem gleichen Grund verweigert werden (Ericson 2011). Mit einem Wort: Das Problem beginnt, sobald die Identität zum *Politikum* wird.<sup>8</sup>

In der heutigen globalisierten, digitalisierten und (extrem) individualisierten Gesellschaft ist letzteres insofern vorprogrammiert, als hier das Bedürfnis nach Ausbildung und Anerkennung bzw. Unterdrückung und Ablehnung von »Identitäten« evident steigt. Globale Migrationsbewegungen, ökonomische Interdependenzen sowie insbesondere die informations- und kommunikationstechnologisch unterstützte Überwindung ehemals existenter Restriktionen durch Zeit und Raum scheinen es im alltäglichen Umgang miteinander immer irrelevanter zu machen, wo Menschen geboren sind, ihre familiären »Ursprünge« besitzen, welche »Muttersprache« sie sprechen, welcher kulturellen oder religiösen Tradition oder auch welcher »Nation« sie angehören. Und doch ist es verständlich, dass die eben genannten (stereo-)typischen Eigenschaften, die gemeinhin als Aspekte einer individuellen und/oder kollektiven Identität dienen, gerade dort soziale Konflikte verursachen, wo sie im Grunde genommen an Bedeutung einbüßen. Das heißt, die Identität bildet verstärkt dort eine (oder ihre) spezifische politische Dimension aus, wo ihre Selbstverständlichkeit verloren geht und die ihr zugrundeliegenden Chiffren intellektuell und emotional herausgefordert werden.

Deshalb leuchtet es unmittelbar ein, dass das Bedürfnis nach Identität gerade dort wächst, wo sich Einzelne und Gruppen vergleichsweise »fremd« oder »nicht willkommen« fühlen.<sup>9</sup> Die davon motivierte Besinnung auf die eigenen »Wurzeln« dient der Vergewisserung des Selbst und befriedigt die Sehnsucht nach der in der »Fremde« verlorenen »Identität«. Umgekehrt keimen ebensolche Identitätsgefühle

(8) Der hiervon angesprochene politische Fokus verkennt nicht, dass etwa im Anschluss an Paul Ricœur und Amartya Sen individuelle und kollektive Identitätskonzepte grundsätzlich anhand ihrer (vorhandenen oder fehlenden) Offenheit und Dynamik unterschieden werden können (vgl. Künle 2014). Wie noch zu verdeutlichen sein wird, kann es indes geradezu als Kennzeichen von »Identitätspolitiken« gelten, dass sie existente Differenzen zwischen der Identität von Individuen und Gruppen weitgehend verwischen.

(9) Folgerichtig nehmen etwa religiöse Bindungen in der Diaspora oft zu, da gerade Menschen mit Migrationserfahrungen die hiervon gewährte moralisch-kulturelle Orientierung gern in Anspruch nehmen. Dazu Lehmann 2005. Aus dem gleichen Grund nimmt die Religiosität von Migranten wie Nicht-Migranten in säkularer Umgebung nicht selten sehr strenge oder gar fundamentalistische Züge an. Siehe Roy 2011, der infolgedessen von den »politischen Gefahren entwurzelter Religionen« (im Original: »Le temps de la religion sans culture«) spricht.

verstärkt dort auf, wo die »Fremden« und »Anderen« zumindest der subjektiven Wahrnehmung nach an Zahl gewinnen und die Beobachtung der Alterität zum Nachdenken über die »eigene« Identität animiert (Bettini 2018, 12).

In diesem Zusammenhang ist es m. E. wenig zielführend, den Ausgangspunkt, die eigentliche Ursache eruieren zu wollen. Vielmehr genügt für unsere Zwecke die evidente Feststellung, dass sich beide Identitätsbedürfnisse wechselseitig verstärken, indem die Rückbesinnung der »einen« auf die eigenen familiären, kulturellen oder religiösen »Wurzeln« und Traditionen die »anderen« jeweils zu ebensolchen Reaktionen veranlasst, selbst oder gerade dort, wo das Gefühl der Überfremdung subjektiv eingebildet ist. Entscheidend ist im Grunde nur, dass die identitätsstiftende Unterscheidung zwischen »uns« und den »anderen« überhaupt getätigt wird. Sobald dies geschieht, das heißt sobald eine »Out-Group« identifiziert ist, von der sich die eigene »In-Group« abgrenzen lässt, ist die soeben beschriebene spiralförmige Fortsetzung der Entwicklung unweigerlich eingeleitet. Dabei ist das »Fremde« und »Anderen«, das jene Art der Selbstidentifikation forciert, vom (gefühlten) Gegensatz zwischen Einheimischen und Migranten nur besonders gut zu veranschaulichen. Das Gleiche ließe sich nichtsdestoweniger an Kategorien wie der sexuellen Orientierung, der Geschlechteridentität, der Hautfarbe, der sozialen Klasse etc. zeigen. Auch hier führt allein das Vorhandensein von »Wir«-»Ihr«-Unterscheidungen, die Koexistenz von unterschiedlichen »Identitäten« zu dem skizzierten sich tendenziell permanent selbst verstärkenden und gewissermaßen auch selbst erfüllenden Prozess. Und so sehr es auf der einen Seite einleuchten mag, genau aus diesem Grunde solche dichotomisch strukturierten Identitätsmuster dekonstruieren zu wollen, wie es etwa im Postfeminismus<sup>10</sup> oder Postkolonialismus<sup>11</sup> unternommen wurde, um die aus ihnen entspringenden politischen Konfliktlinien zu bannen oder einzudämmen, so wenig erfolgversprechend wirkt dieses Ziel auf der anderen Seite für die politische Praxis. Weil Identitätsbildung hier häufig auf exakt diese Weise funktioniert, nämlich die eigene soziale (Gruppen-)Identität von einer relevanten, negativ konnotierten Out-Group zu unterscheiden (Tajfel 1982; Tajfel/Turner 1986), lässt sich Identität wie oben erwähnt zumeist gar nicht anders denken als in Form der Synchronizität von *Gleichheit* und *Unterscheidung*. Und wo sie infolge von globalen

(10) Siehe z. B. Butler 1991.

(11) Siehe z. B. Hall 1994 und 2004.

Entdifferenzierungs- und Hybridisierungsprozessen<sup>12</sup> de facto fehlt, dort wird sie im Zweifelsfall permanent neu erzeugt.<sup>13</sup> Sogar die Einsicht in ihre soziale Konstruiertheit ändert dann nichts daran, dass ihre politischen Implikationen und Dimensionen performativ »real« werden. Der Abbau vorhandener Ressentiments und Vorurteile aber geschieht wiederum am ehesten dort, wo reale (!) Kontakte zwischen den Identitätswelten stattfinden<sup>14</sup> und ihre soziale Konstruiertheit im Zweifelsfall transparent wird.

Die eigentliche Crux der Identitätspolitik stellt es in diesem Zusammenhang dar, dass sie faktisch vorhandene Unterschiede zwischen individuellen und kollektiven Identitätsbildungsprozessen sehr leicht verwischen lässt. Denn obwohl Personen, wie vor allem Amartya Sen unterstrichen hat, niemals mit nur einer bestimmten Gruppe eine Identität teilen, sondern stets einer Vielzahl von Gruppen angehören und entsprechend viele Identitäten ausbilden,<sup>15</sup> impliziert und forciert jede konkrete Identitätspolitik performativ gleichwohl eine »solitaristische« Deutung menschlicher Identität, indem sie notwendig auf ein bestimmtes, singulär dominantes Merkmal (z. B. die kulturelle Tradition, die ethnische oder religiöse Zugehörigkeit, die Geschlechtsidentität, die Hautfarbe, die Muttersprache etc.) abhebt. Dadurch werden die an sich multiplen Identitätsmuster von Individuen wenigstens temporär

(12) Vgl. Bhabha 2000 und 2012.

(13) Eben deswegen wäre auch eine Welt ohne Gruppenidentitäten (und unabhängig von faktischen Migrationsbewegungen) schwerlich vorstellbar. Sogar dort, wo beispielsweise eine humanistische Identität des Universalismus eine allgemein gleiche Identität kraft des bloßen Menschseins postuliert (vgl. Schöppner 2019), würde sich diese Art der Identität dennoch von denjenigen abgrenzen, die diesen Universalismus nicht teilen. Allenfalls ist diesbezüglich von einem zwischenzeitlichen Paradigmenwechsel auszugehen, als wenigstens in der westlichen Moderne die ehemals religiös vermittelte »universale« bzw. avant la lettre »transnationale« Identität von der »Erfindung« der Nation/der nationalen Identität abgelöst wurde (vgl. Anderson 2005). Inwieweit wir uns heute wieder zunehmend in einem religiös-postnationalen Kontext bewegen, kann an dieser Stelle nicht diskutiert werden.

(14) Zur sog. Kontakthypothese siehe Allport 1954 sowie Pettigrew 1998. Zur empirischen Überprüfung siehe etwa Pettigrew/Tropp 2006 und 2008.

(15) »Eine Person kann gänzlich widerspruchsfrei amerikanische Bürgerin, von karibischer Herkunft, mit afrikanischen Vorfahren, Christin, Liberale, Frau, Vegetarierin, Langstreckenläuferin, Historikerin, Lehrerin, Romanautorin, Feministin, Heterosexuelle, Verfechterin der Rechte von Schwulen und Lesben, Theaterliebhaberin, Umweltschützerin, Tennisfan, Jazzmusikerin und der tiefen Überzeugung sein, dass es im All intelligente Wesen gibt« (Sen 2007, 8).

überlagert und von der infolgedessen möglich gewordenen »Wir-Ihr-Unterscheidung« tendenziell sogar absorbiert.<sup>16</sup>

Nichts aber verdeutlicht die wechselseitige, politisch einschlägige *Verstärkung* des weiter oben skizzierten identitären Rückzugsgefechts zwischen den »einen« und den »anderen« nachdrücklicher als das Phänomen der Diskriminierung. Schließlich liegt es auf der Hand und wurde empirisch auch vielfach bestätigt, dass Diskriminierungen, die Einzelne und Gruppen wegen ihrer existenten bzw. der ihnen zugeschriebenen Identitätsmerkmale erfahren, diese im Anschluss nur noch weiter auf eben jene »Identität« fokussieren lassen,<sup>17</sup> da der allgemeine Wunsch nach Anerkennung in diesem konkreten Fall fast nur noch innerhalb der eigenen soziokulturellen Gruppe Erfolgsaussichten besitzt.<sup>18</sup> Eben dieser Fokus aber macht sie in den Augen »anderer« erst recht verdächtig. Doch auch hier ist keineswegs von einer einseitigen Logik auszugehen. Stattdessen ruft die identitätspolitisch einsichtig zu rechtfertigende positive Diskriminierung von Minderheitsgruppen, deren bis dato erfolgende gesellschaftliche Benachteiligung mit Hilfe gezielter für sie vorteilhafter Gegenmaßnahmen kompensiert werden soll, bei den davon vernachlässigten (Mehrheits-)Gruppen nicht selten den Eindruck einer illegitimen, geradezu ungeheuerlichen Bevorzugung derjenigen hervor, die sich dem normativ-kulturellen Mainstream nicht anpassen wollen. Bereits in der Theorie weist eine solche Form der positiv diskriminierenden Identitätspolitik unlösbar Aporien auf;<sup>19</sup> in der Praxis aber droht sie gegebenenfalls sogar schlimmere Diskriminierungen zu provozieren, als sie eigentlich zu bekämpfen trachtet.

Praktiken der Diskriminierung erweisen sich insofern aufs Engste mit Identitätspolitiken jedweder Couleur verwoben, nicht nur, weil die

(16) Für die in dieser Art identitätspolitisch besonders anfälligen, da verhältnismäßig stark kontrastierenden Merkmale der Religion und Kultur siehe Hidalgo 2016.

(17) In dieser Hinsicht zeugt Frantz Fanons »Schlüsselwerk« *Peau Noire, Masques Blancs* (1952) davon, wie sehr diskriminierte Menschen dazu neigen, ihr Selbstbild an den negativen Vorurteilen ihrer Unterdrücker auszurichten (Fanon 1980). Positiv gewendet wurde Fanons These später in der Black Consciousness-Bewegung.

(18) Wiederum für das Beispiel von Minderheitenreligionen sowie insbesondere der Muslime in westlichen Demokratien wurde dieser Nexus z. B. von Mays/Hambauer 2018 herausgearbeitet.

(19) Dazu Charles Taylors Essay »Multiculturalism and the Politics of Recognition« (1992), auf den im Fazit zurückzukommen ist. Der »Universalist« Jürgen Habermas lehnte in seiner Replik auf Taylor dessen positiv diskriminierende Anerkennungspolitik mit dem Argument ab, in liberalen Demokratien zwar eine Politik der Gleichberechtigung von Minderheiten, jedoch keinen »kulturellen Artenschutz« betreiben zu dürfen (Habermas 2009, 142ff.).

Identitätspolitik ihrem eigenen Anspruch nach dazu antritt, um Diskriminierungen zu beenden, sondern weil sie ihrerseits weitere (positive oder negative) Diskriminierungen nach sich zieht. Denn ganz gleich, ob eine spezielle Identitätspolitik die Emanzipation sozial diskriminierter Gruppen vorantreibt bzw. deren Position im innergesellschaftlichen Verteilungskampf verbessert, ob sie versucht, die Selbst- oder Fremdwahrnehmung einer kulturellen Gruppe zu beeinflussen oder zu steuern oder aber ihrerseits Einteilungen vornimmt, die in ihrer gegensätzliche Identitäten schürenden Dynamik weitere Diskriminierungen provoziert, gemeinsames Merkmal bleibt eine »bewusste Grenzziehung« (Abu Ayyash 2019, 3). So impliziert allein der identitätspolitische Versuch, Stellung und Rechte derer zu verbessern, die anhand ethnischer, kultureller, sozialer oder sexueller Eigenschaften identifiziert und zu (homogenen?) Gruppen zusammengefasst werden, dass im Gegenzug andere, die diese Merkmale nicht aufweisen, vom eigenen Anspruch ausgeschlossen bleiben. Die Distinktion zwischen den Zugehörigen der »eigenen« Gruppe und den »anderen« wird dadurch performativ bestätigt und verschärft, wobei interne Differenzen in beiden Fällen meist nivelliert oder ausgeklammert werden (Schönhuth o. J.). Ein engstirniges Freund-Feind-Denken scheint dadurch jeder Identitätspolitik inhärent zu sein (Rimpler 2020, 13-14).

Aus den dargelegten Gründen ist jede Art der Identitätspolitik – verstanden als paradoxer Kampf um Anerkennung, Gleichberechtigung *und* Unterscheidung sowie Widerstand gegenüber den gegenläufigen Praktiken der Uniformierung, Assimilation, Entdifferenzierung u. ä. – tatsächlich hochproblematisch und vor allem konfliktträchtig (Auernheimer 2020, Kap. 3 und 4). Infolge der skizzierten Logik der sich spiralförmig verhärtenden Fronten droht sie entsprechend häufig in militante Formen zu münden und dient sowohl fundamentalistischen als auch nationalistischen (oder gar neofaschistischen) Bewegungen als willkommene Legitimationsbasis (ebd., Kap. 6 und 7). Angesichts dieser eher unstrittigen Vorbehalte überrascht es wenig, wenn in jüngerer Zeit die Versuche wieder zunehmen, die als Identitäten verhandelten Zugehörigkeiten als reine »Fiktionen« (Appiah 2019), »sektiererisches Phantasma« (Jullien 2018, 96), oder auch schlicht »Mythen« (Meyran 2009;<sup>20</sup> Bettini 2018) zu entlarven. Auf der anderen Seite kommt in diesen Versuchen das klare Bewusstsein (bzw. die Hilflosigkeit) zum Ausdruck, dass es im Gegenzug kaum um

(20) Der Autor hat in erster Linie das Konzept nationaler Identität im Visier. Von der »Erfindung« nationaler Identität sprach mit Blick auf das Beispiel der »Balkanvölker« bereits Riedel 2005.

eine Verabschiedung des Konzepts »Identität« mitsamt seiner politischen Bedeutung gehen kann, sondern in erster Linie darum, eigene begriffspolitische (Gegen-)Projekte zu lancieren (vgl. Strauß 2019). Jullien (2018, 7-8) plädiert deswegen für ein alternatives Kulturverständnis, das sich vom (angeblich) statischen Begriff der kulturellen »Identität« löst und stattdessen das Dynamische, Mutierende, sich permanent Verändernde in jeder Kultur in den Blick bekommt. Dass Jullien das Problem damit jedoch allenfalls umetikettiert, sehen wir prompt, wenn er das paradoxe Changieren des Begriffs »kulturelle Identität« zwischen »Gleichheit« (bzw. »Uniformierung«) und »Unterschied« durch die Rede von den »Abständen« (écarts) ersetzt, die sowohl die »Spannung« als auch das »Gemeinsame« zwischen den Kulturen »zum Vorschein« bringen sollen. Ebenso verfängt sich die an selber Stelle benannte Herausforderung, eine Balance »zwischen Toleranz und Assimilation, zwischen der Verteidigung des Einzigartigen und dem Erfordernis von Universalität« zu finden, am Ende in den gleichen Aporien, die vorhin bereits im Kontext der Identitätspolitik zur Sprache kamen. Bettini (2018, 10-11) erkennt demgegenüber sehr klar, dass die »Wertschätzung von Vergangenheit und Tradition«, wie sie der aktuellen Hochkonjunktur der Identitätspolitik in ihren verschiedenen Facetten zugrunde liegt, nichts anderes als das Bedürfnis nach (imaginärer) »Differenz« stillt, welches angesichts der kulturell homogenisierten Gegenwart der Globalisierung massiv gestiegen ist. Nicht die Paradoxie, mit der Identität parallel das Gleiche/Uniforme und Unterschiedliche von Individuen und Gruppen zu benennen, zieht Bettini deswegen in Zweifel, sondern nur eine bestimmte *Art* der Identitätsbildung, in seinem Fall diejenige, die sich auf die politisch hochbrisante Metapher der kulturellen »Wurzeln« bezieht.<sup>21</sup>

Auch die hier entfaltete Argumentationslinie ist der Auffassung verpflichtet, dass die Einsicht in die soziale, begrifflich-metaphorische

(21) Für Bettini (2018, 22) ist es das Kardinalproblem der »Wurzelmetaphorik«, dass sie einen untrennbaren »Kausalzusammenhang« »zwischen Tradition und Identität« herstellt und Identität geradezu als »*Ergebnis* von Tradition« auffasst (Herv. i. O.). Die Wurzeln suggerieren hier nicht nur das »Feststehende« und damit die Unabänderlichkeit kultureller Identitäten, sondern auch das klar Unterscheidbare der einen von der anderen genealogisch konstituierten Identität. Darüber hinaus sei die Metapher von den kulturellen Wurzeln gut dafür geeignet, um eine Vorstellung der normativ-hierarchischen, der Tradition direkt entspringenden Autorität zu konstruieren, indem sich die Identität dadurch als »natürlich«, »organisch« gewachsen und grundlegende »Basis« des gegenwärtigen Zusammenlebens präsentiert, während die Möglichkeit, sie hätte sich in irgendeiner Weise »anders« entwickeln können, performativ ausgeschlossen wird (ebd., 28ff.).

Konstruiertheit von Identitäten an ihrer zu akzeptierenden politischen Relevanz nichts ändert (und letztere auch nicht zu ändern ist).<sup>22</sup> Völlig unabhängig von ihrer epistemologischen »Wahrheit« sind Identitäten also sozial und politisch »wirklich«, weshalb die im weiteren Verlauf angestrebte Kritik der Identitätspolitik sich nicht als Entlarvung eines »Mythos« versteht. Stattdessen gilt es, ein reflexives Demokratieverständnis zum Referenzpunkt für eine Kritik zu machen, die zwischen demokratiekompatiblen und demokratiegefährdenden Arten der Identitätspolitik differenziert.

### ⇒ 3 Linke vs. rechte Identitätsagenden

Bevor das zum Ende von Abschnitt 2 in Aussicht gestellte Unterfangen einzulösen ist, soll in einem Zwischenschritt die besondere Rolle der Identitätspolitik(en) sowie en passant die Frage der gegensätzlichen politischen Identitäten *in* der Demokratie abgehandelt werden, welche sich allerdings bis zu einem gewissen Grad nivellieren. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang nach wie vor die Dyade zwischen »Rechts« und »Links«, die als Raummetapher die gerade benannte doppelte Perspektive der politischen Identitäten im Kontext demokratischer Prozesse intersubjektiv nachvollziehbar strukturiert. Zwar wurde die Unterscheidung von »rechter« und »linker« Politik mittlerweile von verschiedener Seite als nicht mehr zeitgemäß für die aktuelle politische Lagerbildung in den westlichen Demokratien eingestuft, gerade im Kontext der Identitätspolitik wird innerhalb der einschlägigen Debatte jedoch auffällig unverändert zwischen ihren rechten und linken Spielarten differenziert. Letzteres deutet immerhin an, dass die klassische Dyade des Politischen womöglich auch sonst nicht ganz so viel von ihrer Bedeutung eingebüßt hat, wie behauptet wird.

Unabhängig davon legen einige begriffstheoretische Indikatoren zusätzlich nahe, dass insbesondere im Hinblick auf die Frage der politischen Identität(en) die Gegenpole »rechts« und »links« noch immer heuristische Orientierung versprechen. Um dies demonstrieren zu können, ist ein kurzer Rekurs auf Norberto Bobbios Essay *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung* angebracht.<sup>23</sup> Dieser eruierte auf Basis einer umfassenden Analyse einschlägiger Zeitungsartikel die Haltung zum Prinzip der Gleichheit

(22) Allgemein ist hier darauf zu verweisen, dass soziale Bewegungen im Normalfall eine Form der kollektiven Identität als Grundlage benötigen (vgl. Auernheimer 2020, Kap. 5).

(23) An dieser Stelle greife ich auf meine Darstellung in Hidalgo 2019a, 166-167 zurück.

als Demarkationslinie zwischen einer politisch »rechten« und »linken« Gesinnung (Bobbio 1994, 76). Mithin sei die politische Linke in ihrer Grundtendenz stets egalitaristisch ausgerichtet, während das rechte Lager bevorzugt antiegalitaristisch argumentiere. Entsprechend konträr sind im Normalfall die Positionen beider Gruppierungen, wie vorhandene, letztlich unaufhebbare Differenzen des Geschlechts, Alters, ökonomischen Status, der Ethnie, Nationalität oder Sprache im Hinblick auf die politischen, rechtlichen und sozialen Strukturen einer Gesellschaft zu handhaben seien. Analog lassen sich »rechte« und »linke« Programmatiken in der Wirtschafts-, Sozial-, Familien-, Bildungs-, Geschlechter-, Integrations-, Kultur- und Religionspolitik meist klar unterscheiden. Greifen wir hierzu etwa das Beispiel der Einwanderungspolitik heraus, so legen »Rechte« und »Linke« diesbezüglich recht kontrovers anmutende Vorstellungen hinsichtlich der Gestaltung von Quoten- und Einbürgerungsregelungen, der »Gleichbehandlung« von Ausländern und Religionsgemeinschaften, der Notwendigkeit einer »Leitkultur« oder auch den (gefühlten) (Kapazitäts-)Grenzen bei der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern an den Tag. Denn während das linke Lager dem Prinzip nach für Ausgleich, Umverteilung sowie für das eintritt, was den Menschen und Bürgern über alle Differenzen hinweg »gemeinsam« und »gleich« ist, betont das rechte Lager eher die bestehenden Unterschiede und Ungleichheiten in der Natur, Herkunft, Kultur und Leistungsfähigkeit und stuft diese in ihrer Konsequenz als ausschlaggebend für die Auf- und Zuteilung von Rechten und Pflichten ein, insbesondere auch zwischen Mehrheiten und Minderheiten (ebd., 77-78). Gerade auf dem Feld der Einwanderungs-, Migrations- und Flüchtlingspolitik ist deshalb die Frage von entscheidender Bedeutung, ob man vor dem Hintergrund einer politisch »linken« Gesinnung dem mehr Relevanz beimisst, was Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur dennoch eher »gleich« statt »ungleich« macht, oder ob man umgekehrt das betont, was sie eher ungleich statt gleich macht. Welche Rechte und Leistungen Flüchtlingen, Asylbewerbern und Zuwanderern eingeräumt werden, hängt offensichtlich primär davon ab, wie »gleich« oder »ungleich« sie in ihrem Status gegenüber den Angehörigen der ansässigen Mehrheitsgesellschaft eingestuft werden.

Auch beim Thema »Identitätspolitik« ist nun vom Grundsatz her eine »rechte« und »linke« Variante ziemlich unmissverständlich voneinander zu abstrahieren. Als »rechts« lässt sich hier die Tendenz ausmachen, die *Ungleichheit* sowie die (angeblich) unüberwindlichen Grenzen und Unterschiede zwischen festen, relativ einheitlich und homo-

gen angenommene Identitäten zu hypostasieren<sup>24</sup> und deren Vermischung infolgedessen skeptisch zu sehen und gegebenenfalls zu verhindern. Mithin können Nationalismus, Rassismus und Ethnopluralismus, aber auch »Leitkultur« als mehr oder minder radikale Spielarten bzw. Ausläufer der Logik rechter Identitätspolitik gelten.<sup>25</sup> Ebenso zählen Feindbildkonstruktionen und Narrative des Untergangs (des Abendlandes) zu den gängigen Chiffren rechter Identitätspolitik.<sup>26</sup> Nicht selten wird rechte Identitätspolitik auch schlicht als neue Form des Faschismus angeprangert (vgl. Traverso 2019). Von »links« gesehen zielt Identitätspolitik hingegen auf die *Gleichberechtigung* von Minderheitenidentitäten ab, deren diskriminierende Ungleichbehandlung sie im Namen einer friedlichen Koexistenz unterschiedlicher Kulturen beenden will (vgl. Hamade 2020). Für diese Art »linker«, das heißt dem egalitären Ideal verpflichteter, multikulturalistischer Identitätspolitik wurde auch die Formel eines »rebellischen Universalismus« kreiert (van Dyk 2019), nicht zuletzt, um den legitimen Kampf gegen Rassismus, Sexismus, Xenophobie etc. zu verteidigen sowie vor allem gegen den eingangs rekapitulierten Vorwurf zu wappnen, Minderheitenpolitik schade der sozialen Kohäsion und verfange sich in einem extremem Partikularismus, der das Wiedererstarken nationalistischer Kräfte provoziere.<sup>27</sup>

Bei näherem Hinsehen drohen sich jene Trennlinien, die theoretisch die grundsätzliche Unterscheidbarkeit von »rechter« und »linker« Politik bestätigen, gleichwohl zu verflüssigen. Dies liegt indes weniger daran, weil – wie Lilla, Fukuyama und andere behaupten – die Konzentration auf die Rechte und Interessen von Homosexuellen, Farbigen, Migranten etc. die eigentliche »linke« Agenda der universellen Gleichheit aller Menschen verraten würde. Jedoch bedient »linke« Identitätspolitik mit ihrem Fokus auf Herkunft, Kultur, Ethnie oder Ge-

(24) Folgerichtig wäre die »Identitätsfalle«, von der Amartya Sen (2007) spricht, in erster Linie eine Auswirkung »rechter« Identitätspolitik.

(25) Insofern ist die auf ethnokulturelle Identität und Homogenität abzielende, migrationsfeindliche Politik der *identitären Bewegung* in Europa zwar ein besonders auffälliges, extremes Beispiel rechter Identitätspolitik, bestehende Analogien zu rechtspopulistischen und kulturkonservativen Akteuren sollten jedoch nicht ignoriert werden, ohne dass im Gegenzug die nötigen Differenzierungen zu vernachlässigen wären.

(26) Siehe dazu etwa die Studie von Klammer (2013) über das Beispiel der FPÖ.

(27) Ähnlich konterten bereits Dowling u.a. (2017, 416) den gegen linke Identitätspolitik erhobenen Partikularismusvorwurf, indem sie das gesamtgesellschaftliche Anliegen von bislang marginalisierten sozialen und bürgerrechtlichen Gruppierungen hervorhoben, die wie die LGBTQ-Bewegung eklatante Missstände im Umgang mit Minderheiten bekämpfen. Für das gleiche Argument siehe auch Purtschert (2017, 20).

schlechterunterschied keineswegs zufällig exakt die Kategorien, die die »rechte« Identitätspolitik zur Vornahme ihrer Distinktionen nutzt. Im Extremfall kommt es dann im Zuge »linker« Identitätspolitik zu einer Art des »reverse racism« (Kostner 2019, 9), sobald etwa die besondere kulturelle Identität von Minderheiten als Argument dazu verwendet wird, sie von den Ressourcen des intellektuellen und sozialen Mainstreams auszuschließen, angeblich, um ihnen eine Assimilation zu ersparen. Als Hintergrund solcher Schnittmengen machen Sussemichel und Kastner (2019) eine Affinität zur »Essenzialisierung« aus, den »linke« und »rechte« Identitätspolitik miteinander teilen. Damit ist gemeint, dass beide Identitätspolitiken von einem »schützenswerten Wesenskern« ausgehen, »der die eigene Gruppe von anderen Menschen unterscheidet«. Im Fall der »rechten« Spielart führe dies leicht zu »Reinheitsfantasien«, doch auch auf »linker« Seite setze die angestrebte Reaktion »auf eine gemeinsam erlebte Unterdrückung« zunächst »die Akzeptanz voraus, tatsächlich zu dieser Gruppe zu gehören« und diese gegebenenfalls (neu) zu definieren.<sup>28</sup> Identitätspolitik rechter wie linker Couleur sei deshalb »von einer grundlegenden Ambivalenz zwischen Ablehnung und Affirmation von Identität gekennzeichnet. Abgelehnt wird die Abwertung, affirmiert wird eine neue, nun oft gefeierte kollektive Identität.«

Noch weitaus grundsätzlicher und unausweichlicher aber wirken rechte und linke Identitätspolitik miteinander verwoben, wenn wir uns nochmals die Parallelität zwischen Gleichheit und Ungleichheit, Inklusion und Exklusion vergegenwärtigen, die dem Konzept »Identität« von vornherein inhärent ist. Übersetzt in die Dyade Bobbios lässt sich dieser Umstand dahingehend interpretieren, dass sich im Rahmen der Identitätspolitik ganz prinzipiell die Merkmale von »rechten« und »linken« Positionen vermengen, indem jede Identitätspolitik immer sowohl das »Gleiche« als auch den »Unterschied« einer kollektiven Identität artikuliert. Mit anderen Worten, auch wenn die Intentionen rechter und linker Identitätspolitik diametral entgegengesetzt sind, ist es auf dem spezifischen Policyfeld der Identität nicht zu verhindern, dass sich die jeweiligen Denkmuster und Argumentationsstränge annähern. Auf der anderen Seite erweist sich jedoch auch der Vorwurf, linke Identitätspolitik hätte den Aufschwung rechter Identitätsversicherungen hervorgerufen oder wenigstens begünstigt, als vordergründig. Denn letzteres wäre nur unter der Voraussetzung plausibel, dass ein *Verzicht* auf linke Identitätspolitik überhaupt zur Disposition stünde, dass also die politische Linke aus dem Bereich der »Identitätspolitik«

(28) Zu diesem »Dilemma« linker Identitätspolitik siehe schon Gamson 2009.

quasi aussteigen könnte. Eine solche Perspektive würde indes verkennen, dass sich das (umkämpfte) Policy-Feld der Identität aus nichts anderem heraus konstituiert, als dass Rechte und Linke hier jeweils ihr eigenes Verständnis von Identität *durchsetzen* wollen. Folglich lässt sich rechte, die »eigene« Kultur homogenisierende Identitätspolitik ihrem Selbstverständnis nach stets als gerechtfertigte Reaktion auf den von dieser Seite her festgestellten (oder befürchteten) »linken« Ausverkauf der »eigenen« kulturellen Identität interpretieren. Umgekehrt konstatiert sich die von linker Seite vorangetriebene egalitaristische, pluralistische und multikulturalistische Identitätspolitik einzig in Auseinandersetzung mit bestehenden gesellschaftlichen Ungleichbehandlungen und Diskriminierungen, die eine »rechte« Spielart der Identitätspolitik als legitim ansieht und deshalb aufrechterhalten will.

Ein einseitiger »Verzicht« auf Identitätspolitik, egal von welchem politischen Lager aus, scheint unter diesen Vorzeichen kaum möglich, nicht nur, weil dem Gegner dadurch unweigerlich das Feld überlassen wäre, seine Vorstellung von Identität ohne Widerstände zu behaupten, sondern weil rechte und linke Identitätspolitiken sich wie gesehen wechselseitig bedingen. Eben dies macht es so missverständlich, wenn die Kritiker linker Identitätspolitik vom Schlage Lillas (2016) oder Fukuyamas (2018) ihr Argument entlang der Auffassung entwickeln, solche Identitätspolitik sei heute förmlich an die Stelle des ideologischen, auf die sozioökonomische Verteilung abzielenden Klassenkampfes getreten.<sup>29</sup> Dass der Klassenkampf hier lediglich in anderem Gewand stattfindet (vgl. Eribon 2018; Dowling u.a. 2017; Susemichel/Kastner 2019), mag Kritik an der »identitätslinken Läuterungsagenda« (Kostner 2019) hervorrufen, eine Abkehr vom grundsätzlichen Ziel der Gleichheit ist in diesem Zusammenhang jedoch nicht zu konzedieren.<sup>30</sup> Stattdessen verdeutlicht sich vor dem Hintergrund der reziproken Abhängigkeiten zwischen linker und rechter Identitätspolitik nochmals das in Abschnitt 2 bereits beschriebene

(29) Wie sehr sich stattdessen die soziale Frage auf dem Feld der Identitätspolitik widerspiegelt, thematisiert die Studie von Aebi 2017. Zu den ökonomischen Hintergründen der Identitätspolitik siehe zudem Manow 2019.

(30) Inwieweit der traditionelle Gegensatz zwischen »Rechts« und »Links« auf dem Feld der Migrations- und Identitätspolitik heute hingegen seinerseits vom Gegensatz zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen (vgl. de Wilde u.a. 2019) bzw. den »Anywheres« und »Somewheres« (vgl. Goodhart 2017) abgelöst werden, ist hier nicht vertieft zu erörtern. Der Verdacht liegt indes nahe, dass auch diese alternativen Termini lediglich das Überschneiden rechter und linker Positionen zum Ausdruck bringen, wie es vorhin für die Identitätspolitik als allgemeines Merkmal festgestellt wurde.

reziproke *Hochschaukeln*, wie es im Grunde jeder Identitätspolitik widerfährt, egal aus welcher Stoßrichtung sie ursprünglich unternommen wird.<sup>31</sup> Diese Einsicht ist im folgenden Abschnitt dahingehend zu deuten, dass sich die Identitätspolitik zwar einerseits durchaus in den Rahmen der (prototypischen) politischen Auseinandersetzungen im demokratischen Rechtsstaat verorten lässt, sie andererseits allerdings eine fatale Tendenz aufweist, genau diesen Rahmen zu sprengen.

#### ⇒ 4 Eine demokratietheoretische Kritik

Das umkämpfte Feld der Identitätspolitik legt es zumindest nahe, dass sich die politische Lagerbildung – oder wenn man so will: die kontrastierenden politischen »Identitäten« – in der Demokratie nach wie vor entlang des Gegensatzes zwischen »rechts« und »links« strukturieren. Jene Gegensätzlichkeit im Sinne einer Koexistenz von linken und rechten Identitätsvorstellungen und -konstruktionen ist dabei für die Demokratie für sich genommen kein echtes Problem, im Gegenteil: Da sich der demokratische Diskurs selbst als unaufhörliche Kontroverse zwischen gleichermaßen legitimen, sich zueinander aber in einem unlösbaren Spannungsverhältnis befindlichen Prinzipien rekapitulieren lässt,<sup>32</sup> ist das Aufeinanderprallen von rechter und linker Identitätspolitik zunächst nichts anderes als ein bündiger Ausdruck der demokratischen Idee. Aus dieser Perspektive resultiert der Gegensatz primär aus der unterschiedlichen Bedeutung, die »Rechte« und »Linke« jeweils den widersprüchlichen demokratischen Polen »Einheit« und »Vielheit«, »Partikularität« und »Universalität« sowie »Freiheit« (die stets in soziale Hierarchien mündet) und »Gleichheit« einräumen. Dabei ist es nun äußerst wichtig zu unterstreichen, dass es innerhalb einer funktionierenden Demokratie<sup>33</sup> vollkommen akzeptabel erscheint, *sowohl* gemäß der eigenen »rechtskonservativen« Gesinnung auf die Notwendigkeit sozialer Bindekräfte, die kulturellen Besonderheiten und Leistungen des eigenen politischen Verbands

(31) Anders gelagert ist hingegen die ebenfalls von Fukuyama und anderen betonte wechselseitige Verstärkung von Nationalismus und Islamismus. Diese verläuft offenbar quer zur politischen Unterscheidung von Rechts und Links, wobei sich die betroffenen »rechten« und »linken« Akteure oft gegenseitig bezichtigen, bewusst oder unbewusst eine nationalistische bzw. islamistische Agenda zu unterstützen.

(32) Ausführlich dazu Hidalgo 2014.

(33) An anderer Stelle habe ich zu zeigen versucht, dass jene Funktionalität von Demokratien von der gelingenden Herstellung einer realen (oder gegebenenfalls auch symbolischen) Balance im Sinne eines »Trade-Offs« zwischen ihren widersprüchlichen, antinomischen Prinzipien abhängt. Siehe dazu Hidalgo 2019b.

oder auch den utopischen Gehalt »realer« Gleichheit zwischen unterschiedlichen Individuen zu pochen, *als auch* gemäß einer politischen Linksausrichtung im Gegenteil die unabänderliche Diversität und Pluralität der Identitäten in den heutigen Migrationsgesellschaften, die Universalität der Menschenrechte sowie das Verbot aller Diskriminierungen aufgrund von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung zu forcieren. Im Rahmen der Demokratie existiert nämlich weder im Hinblick auf die Identitätspolitik noch auf andere Policyfelder die »wahre«, »richtige« und »alternativlose« Position, sondern es bestehen dort stets gute Gründe, in Streitfragen konträre Positionen einzunehmen und den Entscheidungsmechanismen der Demokratie anheimzustellen. Die »Identität« und Authentizität der Demokratie hängt mithin geradewegs davon ab, dass sich in ihr unterschiedliche, ja gegensätzliche politische Auffassungen herausbilden und von den Macht- und Mehrheitsverhältnissen her alternieren (können), dass also keine normativ geartete Vorentscheidung darüber zu treffen ist, welche der in der Demokratie virulenten unterschiedlichen politischen Ansichten »richtig« und welche hingegen »falsch« ist.<sup>34</sup> Eine Niederlage in den politischen Entscheidungsverfahren der Demokratie ist deshalb mitnichten mit einem »Irrtum« in der Sache gleichzusetzen, sondern bleibt im Prinzip ein Ziel, das politisch weiterzuverfolgen ist. Entsprechend revidierbar sind die temporär getroffenen politischen Entscheidungen in der dynamischen, sozialen und historischen Wandlungsprozessen unterliegenden, stets kontingent bleibenden Demokratie und wird Macht dort ohnehin immer nur auf Zeit verliehen.

Die Identitätspolitik bedeutet für die Demokratie nichtsdestoweniger ein besonders heikles, vermintes Feld, nicht, weil die Gegensätze dort wirklich substantiell größer wären als in anderen Arenen des Politischen, sondern vielmehr, weil es aufgrund der oben skizzierten Überlappungen zwischen rechter und linker Identitätspolitik auf diesem Feld besonders schwierig ist, die eigene authentische »rechte« oder »linke« Position zu formulieren und voneinander abzugrenzen. Die bereits strapazierte, folgenschwere Synchronizität von Gleichheit und

(34) Das heißt nicht, dass im Rahmen des demokratischen Rechtsstaates solche »Vorentscheidungen« (vor allem durch verfassungsrechtliche Normen) nicht zu treffen wären bzw. nicht getroffen werden müssen. Solche sind dann jedoch als eingezogene »Grenzen« der demokratischen Verfügungsgewalt zu interpretieren, die in begründungstheoretischer Hinsicht nicht konsistent innerhalb von Idee und Logik der Demokratie zu verorten sind. Zu den gleichwohl etwa durch Claude Lefort, Jacques Rancière, Jacques Derrida oder Niklas Luhmann unternommenen Versuchen, jene Aporie demokratietheoretisch zu deuten, siehe Hidalgo 2014, 183ff.

Unterschied im Konzept der Identität wirkt sich hier dahingehend aus, dass sich auf beiden Seiten verhältnismäßig leicht das subjektive Gefühl einer unfairen Darstellung und Behandlung des eigenen Anliegens breit macht, was die Fronten verhärten lässt. Um diesen Umstand zu erhellen, ist es zweckmäßig, sich nochmals zu vergegenwärtigen, wie die vorhin als dem Grund nach durchaus »legitim« anmutenden Ziele rechter *und* linker Identitätspolitik durch die jeweilige Lesart des politischen Kontrahenten konterkariert zu werden drohen. So suggeriert das linke Selbstverständnis, mithilfe der eigenen Politik das universelle Prinzip der Gleichheit und der Menschenrechte gegen die (vermeintlich) blinden Flecken im rechten Lager durchsetzen zu müssen, dass diese wenigstens implizit skrupellose Befürworter von Diskriminierungen sind, und das, obwohl das Eintreten für soziale Bindekräfte und kulturelle Besonderheiten sowie eine grundsätzliche Kritik am Egalitarismus selbstredend auch jenseits von faschistischen, rassistischen, sexistischen, xenophoben etc. Motiven erfolgen kann. Umgekehrt schürt wiederum das (gemäßigt) rechte Selbstverständnis, mit dem eigenen Tun lediglich das eigene kulturelle Erbe gegenüber den desintegrierenden Kräften der Globalisierung bewahren zu wollen, den Eindruck, dass alle (Linken), die sich diesem Ziel verweigern, bestenfalls schwärmerische Utopisten und naive »Gutmenschen«, wahrscheinlich aber einfach »Vaterlandsverräter« oder sogar willfährige Unterstützer des islamistischen Terrorismus sind. Übersehen wird dabei häufig von beiden Seiten, dass die Anliegen gerade auf dem Feld der Identitätspolitik nicht so weit auseinander liegen, wie es der einschlägige, mittlerweile extrem polarisierende und ideologisch vielfach aufgeheizte Diskurs glauben macht, und dass die politische Unterstützung der einen Seite nicht gleichbedeutend sein muss, der jeweils anderen Seite jede theoretische und normative Berechtigung abzusprechen und/oder vollkommen unempfänglich für die Schattenseiten und Risiken der eigenen Überzeugung zu sein. Mit anderen Worten, gerade im Hinblick auf die Identitätspolitik wird den als Widersachern identifizierten Individuen und Gruppen gerne eine Radikalität und Kompromisslosigkeit unterstellt, die für die Artikulation ihrer Positionen keineswegs zwingend ist und die im Übrigen auch nicht zur eingangs des Abschnitts erwähnten Grundeigenschaft der Demokratie passt, eine umfassende Bandbreite an politischen Alternativen zu akzeptieren.

Es drängt sich somit der Eindruck auf, dass es auf dem Feld der Identitätspolitik, auf dem sich rechte und linke Positionen wie gesehen unweigerlich überschneiden, nicht nur besonders schwerfällt, die eigene Position konsistent zu formulieren und als kompatibel mit der

eigenen Agenda auszuweisen, sondern auch die Identität des politischen Gegners anzuerkennen. Ganz so wie es einst der Kulturanthropologe René Girard (1998) als allgemeines Phänomen von Entdifferenzierungs- und Hybridisierungsprozessen beschrieben hat, welche in der Folge zum identitätsstiftenden »Sündenbockdenken« herausfordern, lädt demnach das Feld der Identitätspolitik allem Anschein nach dazu ein, eben dort wieder drastischere Unterscheidungen vorzunehmen, wo sie im Grunde genommen verloren gegangen sind. Keineswegs zufällig entzündeten sich daher auf dem Feld der Identitätspolitik oft die unerbittlichsten Kontroversen und Anschuldigungen, wo die Unterschiede zwischen ihrer linken und rechten Spielart eigentlich am schwersten aufrechtzuhalten sind. Letzteres geschieht wiederum bevorzugt dann, wenn die ihrerseits hybriden Identitäten von (zugewanderten und nicht zugewanderten) Minderheiten im Sozialbewusstsein gar keine eindeutige Zuschreibung mehr erlauben, wer aus dieser Gruppe zu den (noch) Diskriminierten und wer zu den (bereits) Privilegierten zählt (vgl. Foroutan/Schäfer 2009; Foroutan 2013).<sup>35</sup> Der hieraus entbrennende Deutungskampf zwischen »Rechts« und »Links«, wer identitätspolitisch betrachtet unter die Kategorie des »Opfers« bzw. des »Täters« fällt, wird noch weiter verschärft, sobald der unweigerlich privilegierte Hintergrund *beider* Formen der Identitätspolitik ins Visier gerät: Während den einen so dann der Egoismus vorgeworfen werden kann und wird, anderen den Wohlstand zu verweigern, der ihnen als Angehörige einer bestimmten »Kulturnation« ohne eigenes Verdienst geschenkt wurde, müssen sich die anderen dafür rechtfertigen, sich einzig aus demselben Grund den Luxus erlauben zu können, sich für die Schwachen und Geknechteten dieser Welt einzusetzen.

Eine Zuspitzung der identitätspolitischen Kontroverse wird in diesem Zusammenhang umso wahrscheinlicher, als sie offensichtlich die »Identität« der Demokratie selbst berührt. Ein Problem für die Demokratie beginnt jedenfalls dort, wo »Rechte« wie »Linke« ihre Positionen in jeweils antipluralistischer Weise radikalieren und bewusst oder unbewusst die Nähe zu faschistischem und sozialdarwinistischem bzw. kommunistischem und fundamentalistisch egalitärem Gedankengut suchen. Ein neuerlicher Rekurs auf Norberto Bobbio (1994, 83–86) sollte dabei ins Bewusstsein zurückrufen, dass die

(35) An dieser Stelle wäre vertiefend auf Paradoxien zu rekurrieren wie derjenigen, dass es im Zweifelsfall nicht die Ärmsten der Armen sein können, die die ökonomischen Kapazitäten zur Migration besitzen, oder dass sich »Subalternität« im postkolonialen Jargon gerade dadurch konstituiert, dass subalterne Individuen und Gruppen nicht imstande sind, ihre (berechtigten) Anliegen politisch selbst zu artikulieren (vgl. Spivak 2008).

grundlegende Auseinandersetzung, die »Rechte« und »Linke« über das jeweilige Ausmaß und die Grenzen von Gleichheit und Ungleichheit führen, zwar in einer demokratischen, das heißt gewaltlosen, nach rechtsstaatlichen Regeln ablaufenden und mit einem allgemeinen Respekt vor der (Meinungs-)Freiheit der anderen ausgestatteten Weise ablaufen *kann*, dies aber nicht unbedingt tun *muss*. Stattdessen ist der Gegensatz zwischen »Rechts« und »Links« ebenso in einer extremistischen Version denkbar, die einer solchen Kanalisierung des politischen Kampfes entbehrt. Mit Hermann Heller ist hier zugleich die Einsicht zu gewinnen, dass die Vermeidung einer solchen antidemokratischen Radikalisierung nichts anderes als einen allgemeinen sozialen Konsens voraussetzt, welchen die konkurrierenden politischen Lager miteinander teilen. Jenen Grundkonsens der Demokratie beschreibt Heller (1971, 427-428) nicht als rechtsstaatlich zu erzwingende oder zu garantierende Situation, sondern als »sozialpsychologischen Zustand, in welchem die stets vorhandenen Gegensätzlichkeiten und Interessenkämpfe gebunden erscheinen, durch ein Wirbewusstsein und -gefühl, durch einen sich aktualisierenden Gemeinschaftswillen«. Gemeint ist offenbar eine kollektive Identität, die die Option zur gemeinsamen Diskussion und Verständigung mit dem politischen Gegner und damit das prinzipielle Vertrauen in die demokratischen Entscheidungsverfahren inklusive dem Verzicht auf physische Gewalt offenhält. Hellers Insistieren, dass im Rahmen jener Identität der Demokratie/der Demokraten »soziale Homogenität« und »antagonistische Gesellschaftsstruktur« parallel existieren, mag zudem einmal mehr belegen, wie sehr es die unlösbaren Widersprüche und Antinomien sind, die die Demokratie konstituieren.

Hass und Misstrauen zwischen Kontrahenten, die sich zunehmend als Feinde und nicht mehr als politische Gegner verstehen, deren politische Positionen in der Demokratie grundsätzlich eine Daseinsberechtigung besitzen, sind somit als echte Bedrohung demokratischer Identität einzustufen. Ist das Meinungsklima aber erst einmal in dieser Weise vergiftet, droht eine Eigendynamik, die die Identität der Demokratie immer weiter aushöhlt, da nunmehr auch die ursprünglich gemäßigten, verständigungsorientierten Kräfte auf beiden Seiten leicht in den Verdacht geraten, »Verräter« der eigenen Sache zu sein. Auf solchem Boden avancieren rechts wie links eher die Hardliner zu tonangebenden Sprachrohren der eigenen Gruppierung.

Dass die Identitätspolitik tatsächlich stärker als die meisten anderen Politikfelder geeignet ist, die Identität der Demokratie als solche in Frage zu stellen oder gar zu zerstören, hat nicht zuletzt mit einem Selbstwiderspruch der demokratischen Idee zu tun, der sich auf dem

spezifischen Feld der Identitätspolitik nur allzu folgerichtig abbildet. In dieser Hinsicht könnte man auch von der »fraktalen Logik«<sup>36</sup> der antinomischen Demokratie sprechen: Eben weil sich die Demokratie aus unlösbaren Widersprüchen und Paradoxien heraus konstituiert und mithin einen äußerst dynamischen, unsteten, von Konflikten und Kämpfen geprägten Charakter im Inneren aufweist, bedarf sie im Gegenzug an (wenigstens zum Teil von *außen* an sie herangetragenen)<sup>37</sup> Kräften, die nichtsdestotrotz ihre »Einheit« und »Integrität« gewährleisten. Das heißt, die Demokratie verlangt genau dort nach ihrer »Identität«, wo jene Identität in sich aufgespalten und in ihrer Logik gebrochen ist.

Sozusagen als *pars pro toto* berührt nun auch die von rechts und links lancierte Identitätspolitik gleichermaßen Kern und Grundwiderspruch der Demokratie. Denn wie gesehen finden Identitätspolitiken stets im Plural statt, indem sich rechte und linke Identitätspolitik wechselseitig fortsetzen, ergänzen und gewissermaßen provozieren; eben dies bestätigt einerseits die Identität der Demokratie, in welcher der Gegensatz zwischen »rechts« und »links« gebunden wird, um die gleiche Identität andererseits prompt wieder in Frage zu stellen, weil die Kräfte jener Kohäsion von den genuinen Ressourcen der Demokratie nicht sichergestellt werden können. In einfachen Worten: Weil die Demokratie gleichzeitig aus Einheit *und* Vielheit besteht, kann ihre Identität nur selbstwidersprüchlich ausfallen. Umso mehr leuchtet es ein, wenn dort, wo das Feld der »Identität« seinerseits zum Politikum, zum umkämpften Gegenstand zwischen den konträren politischen Gruppen(identitäten) innerhalb der Demokratie wird, dieselbe Identität *ex aequo* bestätigt und in Frage gestellt wird.

In der politischen Praxis führt jene demokratietheoretische Aporie dazu, dass *beide* identitätspolitischen Lager, die im Rahmen der Demokratie jeweils »ihre« Auffassung von Identität durchsetzen wollen, mit ihrem Unterfangen letztlich nur erfolgreich sein könnten, wenn sie die Demokratie simultan zerstörten. Insofern lässt es sich durchaus als (eine) *innere* (bzw. immanente) Demarkationslinie der Demokratie verstehen, dass der Gegensatz, der Konflikt oder auch nur das Vorhandensein unterschiedlicher Identitätsvorstellungen als solche nicht aufgehoben werden dürfen – etwa durch extreme Vereinseitigungen, welche die eigene politische Position verabsolutieren und existente Gegenpositionen kompromisslos unterbinden, aber auch durch radikale Vorstellungen von sozialer Homogenität bzw. Heterogenität, die

(36) Dazu Hidalgo 2014, 302, 348, 499, 537.

(37) Siehe Anm. 34.

die Buntheit an individuellen und kollektiven Identitäten oder aber umgekehrt den Bedarf an kohäsiven Kräften in der pluralistischen Gesellschaft generell negieren. Analog lassen sich auch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit,<sup>38</sup> Rassismus u. ä. nicht etwa als legitime Formen der Identitätspolitik verstehen, die sich im Rahmen der Vielfalt an konträren Positionen auf dem Boden der Demokratie abspielen. Stattdessen würde es den eigentlich antinomischen Grundlagen der Demokratie widerstreben (und die notwendige Balance zwischen ihren gegensätzlichen Polen zerstören), wenn pauschale Ablehnungen, willkürliche Diskriminierungen oder massive Intoleranz gegenüber Menschen aufgrund ihrer Identitätsmerkmale vom freien Spiel der demokratischen Auseinandersetzung mitsamt ihren einschlägigen Entscheidungsmechanismen gedeckt wären.

Die »Identität« der Demokratie selbst bleibt mithin nur gewahrt, wenn sowohl die linke als auch die rechte Identitätspolitik allenfalls Teilerfolge, Etappensiege und/oder temporäre Gewinne verbuchen. Der Widerspruch an sich, die gegensätzlichen politischen Identitäten, die auf unterschiedliche Weise das in der Demokratie parallel existierende »Gleiche« und »Ungleiche« betonen, aber muss und müssen intakt bleiben.

Eine gute Illustration der »Unlösbarkeit« des identitätspolitischen Problems, auf welche die vorliegende Argumentation hinausläuft, bildet zum Abschluss ein Rekurs auf Karl Otto Hondrich und seinen Beitrag »Einwanderung ist Zumutung« (2006). Darin reklamiert Hondrich den angeblichen Anspruch der Demokratie, der »Mehrheit die Sicherheit geben, dass sie das Heft in der Hand behält, dass sie trotz Einwanderung Mehrheit bleibt und dass ihre kollektiven Gefühle, Interessen und Werte Vorrang genießen«. Wenn Hondrich es in diesem Kontext allerdings als »elementare Moral« der Demokratie tituliert, den Vorrang »des Eigenen gegenüber dem Fremden, der Gemeinschaft gegenüber den Minderheiten, der älteren Bindungen gegenüber den neueren« zu garantieren, dann vernachlässigt er, dass die von ihm beschriebene (rechte) Positionierung im Rahmen der Demokratie/der demokratischen Identität zwar legitimerweise erhoben werden darf, dass sich die »Identität« der Demokratie selbst der Festschreibung eines solchen Anspruchs aber geradewegs verweigert. Anders ausgedrückt, Hondrich verkennt, welche »Zumutung« die dynamische, sich permanent wandelnde Demokratie für die kollektive Identität des »Volkes« impliziert. Wäre seinem Anspruch Erfolg beschieden, würde die Demokratie dadurch nahezu unausweichlich zu einer »Tyrannei

(38) Zu diesem Konzept siehe bekanntlich Heitmeyer 2002.

der Mehrheit« degenerieren und die demokratischen Prinzipien am Ende willkürlich für ein nationalstaatlich oder kulturell definiertes Gebiet reservieren. Auf der anderen Seite aber stoßen die Dynamik sowie die Fähigkeit der Demokratie, unterschiedliche kulturelle Identitäten zu integrieren, ihrerseits an (gefühlte) Kapazitätsgrenzen. Diese sind zwar keineswegs feststehend, stets aushandelbar und somit ihrerseits einem markanten Wandel unterworfen. Da es jedoch zur »Identität« der Demokratie gehört, auch diejenigen, die mit einer radikalen, von links lancierten Identitätspolitik subjektiv überfordert sind, als politische Stimme ernst zu nehmen, kann die Dynamik auch aus dieser Richtung wenigstens nicht »grenzenlos« sein.

### ⇒ 5 Fazit

Die (Selbst-)Widersprüchlichkeit, die die Identitätspolitik für die Demokratie beinhaltet, wurde bereits bei zahlreichen Gelegenheiten verhandelt (z. B. Lohauß 1999; Laden 2001; Connolly 2002; Philipps 2007). Entsprechend anschlussfähig sollte die hier geleistete Argumentation für die demokratiethoretische Debatte sein, die sich seit Längerem im Hinblick auf das Thema der Identitätspolitik entzündet hat. Als etwa Charles Taylor (2009, 25ff.) als konträre Politiken der Anerkennung das Gemeinsame (= die allgemeine Würde, die Formulierung gleicher Rechte) *und* die Differenz (= die spezifische Besonderheit und Eigenständigkeit kultureller Identität) von Individuen und Gruppen kennzeichnete, markierte er damit exakt den demokratischen Widerspruch zwischen Universalität und Partikularität, der auch das hier vertretene Verständnis anleitete. Ohne den Ausdruck »Aporie« oder »Antinomie« explizit zu verwenden, versuchte Taylor, eine Balance zwischen den im Grunde unvereinbaren Prinzipien der Nicht-Diskriminierung und der gebotenen Sensibilität für Unterschiede zu konturieren (ebd., 29-30). Dadurch sollte ein politischer, theoretisch unterbestimmt bleibender Spielraum für die positive Diskriminierung bzw. die Anerkennung von Kollektivrechten zum Schutz gefährdeter Kulturen sowie zum Ausgleich existenter Benachteiligungen entstehen, obwohl die universalen Grundprinzipien des politischen Liberalismus – Freiheit und Gleichheit – ihre Geltung grundsätzlich behalten sollten.

Auch Tzvetan Todorov (2010, 88) ist in seiner theoretischen Einlassung zur Identitätspolitik bemüht, einseitige und dadurch in ihrer Konsequenz extrem polarisierende Positionen zu vermeiden. Deswegen plädierte er dafür, sich das Individuum weder wie im Liberalismus als freischwebend noch wie im Kommunitarismus in seiner kulturellen

Gemeinschaft gefangen vorzustellen. Außerdem will er die Fähigkeit der Kulturen zur Veränderung in seinen Begriff der kulturellen Identität verlängern, um nicht mehr im Sinne Huntingtons vom Aufeinanderprallen relativ starrer Kulturböcke auszugehen. Die in den vorangegangenen Abschnitten akzentuierte Dynamik der Demokratie, ihre Fähigkeit wie Obligation zur Veränderung und Revidierbarkeit von Normen und Autoritäten, spiegelt sich darin wider.

Dennoch gewinnt das Argument der antinomisch strukturierten Demokratie, die zum Referenzpunkt für eine Kritik der Identitätspolitik avanciert, an dieser Stelle eine neue theoriegestützte Qualität. Die Widersprüche, die sich im Konzept der Identität bzw. der Identitätspolitik aufspüren ließen, werden dadurch in direkte Beziehung zur Demokratie gesetzt, deren Selbstwidersprüche auf dem Feld der Identitätspolitik von ihrer Selbstähnlichkeit, sprich: ihrer fraktalen Logik gesäumt wird. Die in der Demokratie virulente, letztlich unaufhebbare Kontroverse zwischen »rechter« und »linker« Identitätspolitik konnte dadurch sowohl als integraler und authentischer Bestandteil moderner Volksherrschaft als auch als autoimmune Tendenz enthüllt werden. Und so wie folgerichtig das *Aushalten* von Widersprüchen und Antinomien als allgemeine Grundvoraussetzung und Leistung der Demokratie erkennbar wird, so wird im Besonderen die Identitätspolitik als ein Feld transparent, in dem es im Namen der Demokratie auf eben jene charakteristische Fähigkeit ankommt.

Entlang der demokratischen Antinomien sowie der gegensätzlichen politischen Identitäten in der Demokratie gelingt es demnach, die Ambivalenz und polarisierende Kraft der Identitätspolitik ebenso zu erkennen wie ihre Unausweichlichkeit. Das Bewusstsein über die Aporien und Antinomien der Demokratie mündet folgerichtig in eine Kritik der Identitätspolitik, die weder ihre Notwendigkeit noch ihre Errungenschaften ignoriert.<sup>39</sup> Das Gleiche gilt für die ebenfalls demokratietheoretisch zu reflektierende Paradoxie, dass Relikte von bereits erfolgreich bekämpften Diskriminierungen oftmals den größten sozialen Sprengstoff in sich bergen, da sie für die Betroffenen umso unerträglicher werden, während den Nichtbetroffenen die Aufregung bisweilen nicht recht einleuchten mag (El-Mafaalani 2019, 44).<sup>40</sup>

(39) Für einen ähnlich gelagerten Grundansatz siehe auch Berendsen u.a. 2019.

(40) In der Sozialwissenschaft hat sich für das Phänomen, dass trotz einer verbesserten Gesamtsituation die relative Frustration der Bürger zunimmt, der Begriff »Tocqueville-Effekt« eingebürgert (vgl. Boudon 1982, 105ff.; Mackie 1995). Tocqueville hatte damit einst den Zeitpunkt des Ausbruchs der Französischen Revolution erklärt.

Unter dem Strich sollte es der hier vorgeschlagene theoretische Zugriff zumindest erleichtern, die Janusköpfigkeit der Identitätspolitik in der Demokratie, ihr ständiges Changieren zwischen den Gemeinsamkeiten und Unterschieden, Gleichheit und Ungleichheit von Individuen und Gruppen sowie die dahinter stehenden unauflösbaren Spannungen zwischen Universalität und Partikularität, Konsens und Konflikt einer im Ganzen kohärenten Reflexion zu unterwerfen. Dass dabei das Pochen auf die »eigene« Identität jeweils im Gegenzug das identitäre Bewusstsein der »anderen« stärkt, ist angesichts des gespaltenen »Wesens« der Demokratie womöglich weniger »paradox« als es auf den ersten Blick wirkt. Die Gretchenfrage wird es in diesem Zusammenhang jedoch stets bleiben, ob es der Demokratie gelingt, den in ihr stattfindenden Kämpfen um Anerkennung und Identität dauerhaft einen passenden Rahmen anzubieten, der die ihrer Selbstlogik nach leicht aus dem Ruder laufenden Debatten und Kontroversen entschärft, oder ob dieser demokratische Rahmen eventuell seinerseits von der eskalierenden Wucht der Identitätspolitik beschädigt oder gar zerstört wird. Mit anderen Worten, die Selbstähnlichkeit der Demokratie stößt hier unweigerlich an ihre eigenen Grenzen.

## ⇒ Literaturverzeichnis

Abrajano, Marisa; Hajnal, Zoltan L. (Hg.): *White Backlash. Immigration, Race, and American Politics*, Princeton: Princeton University Press.

Abu Ayyash, Lorenz (2019): Editorial, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 9–11, 3.

Adorno, Theodor W. (<sup>6</sup>2019): *Aspekte des neuen Rechtsradikalismus* [1967], Berlin: Suhrkamp.

Aebi, Jonas (Hg.) (2017): *Identitätspolitik und soziale Frage. Widerspruch* 69, Zürich: Rotpunkt.

Alcoff, Linda (Hg.) (2006): *Identity Politics Reconsidered*, New York: Palgrave MacMillan.

Allport, Gordon W. (1954): *The Nature of Prejudice*, Oxford: Addison-Wesley.

Anderson, Benedict (2005): *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt a. M./New York: Campus.

Appiah, Kwame Anthony (2019): *Identitäten. Die Fiktionen der Zugehörigkeit*, Berlin: Hanser.

Auernheimer, Georg (2020): *Identität und Identitätspolitik*, Köln: Papyrossa.

Berendsen, Eva; Cheema, Saba-Nur; Mendel, Meron; Busch, Charlotte (2019): *Trigger Warnung: Identitätspolitik zwischen Abwehr, Abschottung und Allianzen*, Berlin: Verbrecher-Verlag.

Bettini, Maurizio (2018): *Wurzeln. Die trügerischen Mythen der Identität*, München: Kunstmann.

Bhabha, Homi K. (2000): *Die Verortung der Kultur*, Tübingen: Stauffenburg.

Bhabha, Homi K. (2012): Über kulturelle Hybridität. Übertragung und Übersetzung, Wien: Turia + Kant.

Bobbio, Norberto (1994): Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin: Wagenbach.

Boudon, Raymond (1982): The Unintended Consequences of Social Action, New York: St. Martin's Press.

Brunner, Otto; Conze, Werner; Koselleck, Reinhart (Hg.) (2006): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. 8 Bde, Stuttgart: Klett-Cotta.

Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Connolly, William (2002): Identity\Difference: Democratic Negotiations of Political Paradox, Minneapolis: University of Minnesota Press.

Dowling, Emma; van Dyk, Silke; Graefe Stefanie (2017): Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der »Identitätspolitik«, in: PROKLA 47.3, 411–420.

Dyk, Silke van (2019): Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 9–11, 25–32.

Eisenberg, Avigail; Kymlicka, Will (Hg.) (2011): Identity Politics in the Public Realm, Vancouver: UBC Press.

El-Mafaalani, Aladin (2019): Alle an einem Tisch. Identitätspolitik und die paradoxen Verhältnisse zwischen Teilhabe und Diskriminierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 9–11, 41–45.

Eribon, Didier (2018): Das Problem ist sicher nicht der Feminismus, in: Republik 19.02.2018. Download unter: <https://www.republik.ch/2018/02/19/interview-eribon-teil1> (Zugriff am 30.05.2020).

Ericson, David F. (2011): *The Politics of Inclusion and Exclusion. Identity Politics in Twenty-First Century America*, New York: Routledge.

Fanon, Frantz (1980): *Schwarze Haut, weiße Masken*, Frankfurt a. M.: Syndikat.

Foroutan, Naika (2013): *Hybride Identitäten. Normalisierung, Konfliktfaktor und Ressource in postmigrantischen Gesellschaften*, in: Brinkmann, Heinz Ulrich; Uslucan, Haci-Halil (Hg.): *Dabeisein und Dazugehören. Integration in Deutschland*, Wiesbaden: Springer, 85–99.

Foroutan, Naika; Schäfer, Isabel (2009): *Hybride Identitäten. Muslimische Migrantinnen und Migranten in Deutschland und Europa*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 5, 11–18.

Fraser, Nancy (2017): *Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus*, in: Geiselberger, Heinrich (Hg.): *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*, Berlin: Suhrkamp, 77–91.

Fuchs, Dieter; Roller, Edeltraud (Hg.) (2007): *Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe*, Stuttgart: Reclam.

Fukuyama, Francis (2018): *Against Identity Politics*, in: *Foreign Affairs* 97.5, 90–114.

Fukuyama, Francis (2019a): *Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet*, Hamburg: Hoffmann und Campe.

Fukuyama, Francis (2019b): *»Leitkultur war der richtige Ansatz« (Interview)*, in: *DER SPIEGEL* 02.09.2019. Download unter: <https://www.spiegel.de/panorama/francis-fukuyama-leitkultur-war-der-richtige-ansatz-a-be6d81f5-78d3-46c5-9db5-1f7c9b15140f> (Zugriff am 01.06.2020).

Furedi, Frank (2018): *Die verborgene Geschichte der Identitätspolitik*, in: Richardt, Johannes (Hg.): *Die sortierte Gesellschaft. Zur Kritik der Identitätspolitik*, Frankfurt a. M.: Novo Argumente, 13–25.

Gamson, Joshua (2009): The Dilemmas of Identity Politics, in: Goodwin, Jeff; Jasper, James M. (Hg.): The Social Movements Reader. Cases and Concepts, Malden, MA: Wiley-Blackwell, 383–392.

Girard, René (1998): Der Sündenbock, Zürich: Benzinger.

Göhler, Gerhard; Iser, Matthias; Kerner, Ina (Hg.) (2006): Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung, Wiesbaden: Springer.

Goodhart, David (2017): The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics, London: Hurst & Company.

Habermas, Jürgen (2009): Anerkennungskämpfe im demokratischen Rechtsstaat, in: Taylor, Charles: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 123–163.

Hall, Stuart (1994): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Berlin/Hamburg: Argument.

Hall, Stuart (2004): Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4. Berlin/Hamburg: Argument.

Hamade, Houssam (2020): Kulturelle Anerkennung. Warum linke und rechte Identitätspolitik nicht das Gleiche sind. Download unter: [https://www.deutschlandfunkkultur.de/kulturelle-erkennung-warum-linke-und-rechte.1005.de.html?dram:article\\_id=473709](https://www.deutschlandfunkkultur.de/kulturelle-erkennung-warum-linke-und-rechte.1005.de.html?dram:article_id=473709) (Zugriff am 04.06.2020).

Heitmeyer, Wilhelm (2002): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 1, Berlin: Suhrkamp, 15–36.

Heller, Hermann (1971): Politische Demokratie und soziale Homogenität, in: Gesammelte Schriften Bd. 2, Leiden: Brill, 421–433.

Heyes, Cressida (2016): Identity Politics, in: Stanford Encyclopedia of Philosophy. Download unter: <https://plato.stanford.edu/entries/identity-politics/> (Zugriff am 31.05.2020).

Hidalgo, Oliver (2014): Die Antinomien der Demokratie, Frankfurt a. M./New York: Campus.

Hidalgo, Oliver (2016): Religionen in der Identitätsfalle? Theoretische Überlegungen zur Ambivalenz religiöser Identität, in: Werkner, Ines-Jacqueline; Hidalgo, Oliver (Hg.): Religiöse Identitäten in politischen Konflikten, Wiesbaden: Springer, 145–172.

Hidalgo, Oliver (2019a): »Über jedem Wertekonflikt schwebt die Läuterungsagenda«. Anmerkungen aus demokratietheoretischer Perspektive, in: Kostner, Sandra (Hg.): Identitätslinke Läuterungsagenda. Eine Debatte zu ihren Folgen für Migrationsgesellschaften, Stuttgart: ibidem, 151–179.

Hidalgo, Oliver (2019b): The Theory of Democratic Antinomies and the Identification of Value Trade-Offs in Political Practice, in: Politics and Governance 7.4, 264–274.

Hochschild, Arlie Russell (2016): Strangers in their own Land. Anger and Mourning on the American Right, New York: New Press.

Hondrich, Karl Otto (2006): Einwanderung ist Zumutung, in: Die Welt, 6. Mai 2006. Download unter: <https://www.welt.de/print-welt/article214904/Einwanderung-ist-Zumutung.html> (Zugriff am 31.05.2020).

Jullien, François (<sup>4</sup>2018): Es gibt keine kulturelle Identität, Berlin: Suhrkamp.

Kastner, Jens; Susemichel, Lea (2019): Zur Geschichte linker Identitätspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 9–11, 11–17.

Klammer, Carina (2013): Imaginationen des Untergangs: zur Konstruktion antimuslimischer Fremdbilder im Rahmen der Identitätspolitik der FPÖ, Wien u.a.: LIT.

Kostner, Sandra (Hg.) (2019): Identitätslinke Läuterungsagenda. Eine Debatte zu ihren Folgen für Migrationsgesellschaften, Stuttgart: ibidem.

Künle, Inge (2014): Das Selbst und der Andere bei Paul Ricœur und Amartya Sen. Zur Identität des fähigen Menschen, Berlin u.a.: LIT.

Laden, Anthony (2001): Reasonably Radical. Deliberative Liberalism and the Politics of Identity, Ithaca: Cornell University Press.

Lehmann, Hartmut (Hg.) (2005): Migration und Religion im Zeitalter der Globalisierung, Göttingen: Wallstein.

Lilla, Mark (2016): The End of Identity Liberalism, in: The New York Times 18. November 2016. Download unter: <https://www.nytimes.com/2016/11/20/opinion/sunday/the-end-of-identity-liberalism.html> (Zugriff am 22.05.2020).

Lilla, Mark (2017a): Das Scheitern der Identitätspolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 62.1, 48–52.

Lilla, Mark (2017b): Die Linke hat sich selbst zerstört, in: Neue Zürcher Zeitung 17.08.2017.

Lilla, Mark (2018): Der Glanz der Vergangenheit. Über den Geist der Reaktion, Zürich: NZZ Libro.

Lohauß, Peter (1999): Widersprüche von Identitätspolitik in der demokratischen Gesellschaft, in: Reese-Schäfer, Walter (Hg.): Identität und Interesse. Der Diskurs der Identitätsforschung, Opladen: Leske und Budrich, 65–90.

Mackie, Gerry (1995): Frustration and Preference Change in International Migration, in: European Journal of Sociology 36.2, 185–208.

Manow, Philip (2019): Politischer Populismus als Ausdruck von Identitätspolitik? Über einen ökonomischen Ursachenkomplex, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 9–11, 33–40.

Martschukat, Jürgen (2018): Hegemoniale Identitätspolitik als »entscheidende Politikform« in den USA. Eine Geschichte der Gegenwart, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 38–39, 12–17.

Mays, Anja; Hambauer Verena (2019): Migration und die Entwicklung von Wertorientierungen unter Berücksichtigung der Religion, in: Hidalgo, Oliver; Pickel, Gert (Hg.): Flucht und Migration in Europa, Wiesbaden: Springer, 345–370.

McNay, Lois (2008): Against Recognition, Cambridge: Polity.

Meyer, Thomas (2002): Identitätspolitik. Vom Missbrauch kultureller Unterschiede, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Meyran, Régis (2009): *Le mythe de l'identité nationale*, Paris: Berg International.

Müller, Jan-Werner (2019): »Das wahre Volk« gegen alle anderen. Rechtspopulismus als Identitätspolitik – Essay, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 9–11, 18–24.

Norris, Pippa; Inglehart, Ronald (2019): *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*, Cambridge: Cambridge University Press.

Pettigrew, Thomas (1998): Intergroup Contact Theory, in: *Annual Review of Psychology* 49.1, 65–85.

Pettigrew, Thomas; Tropp, Linda (2006): A Meta-Analytic Test of Intergroup Contact Theory, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 90.5, 751–783.

Pettigrew, Thomas; Tropp, Linda (2008): How Does Intergroup Contact Reduce Prejudice? Meta-Analytic Tests of Three Mediators, in: *European Journal of Social Psychology* 38.6, 922–934.

Phillips, Anne (2007): *Multiculturalism Without Culture*, Princeton: Princeton University Press.

Purtschert, Patricia (2017): Es gibt kein Jenseits der Identitätspolitik. Lernen vom Combahee River Collective, in: *Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik* 36 (69), 15–24.

Riedel, Sabine (2005): *Die Erfindung der Balkanvölker. Identitätspolitik zwischen Konflikt und Integration*, Wiesbaden: Springer.

Rimpler, Rüdiger H. (2020): *Identitätspolitik: Irrwege und Auswege. Von der zerrütteten Zivilgesellschaft zurück in die Zukunft*, Hamburg: tredition.

Roy, Olivier (2011): *Heilige Einfachheit. Über die politischen Gefahren entwurzelter Religionen*, Bonn: BpB.

Schönhuth, Michael (o. J.): Identitätspolitik, in: *Das Kulturglossar. Ein Vademecum durch den Kulturdschungel für Interkulturalisten*. Download unter:

<https://www.kulturglossar.de/html/i-begriffe.html#identitaetspolitik> (Zugriff am 06.06.2020).

Schöppner, Ralf (Hg.) (2019): Humanistische Identität heute. Universalismus und Identitätspolitik, Aschaffenburg: Alibri.

Sen, Amartya (2007): Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt, Bonn: BpB.

Spivak, Gayatri Chakravorty (2008): Can the Subaltern Speak? Wien/Berlin: Turia + Kant.

Steenvoorden, Eefje; Hartevelde, Eelco (2018): The Appeal of Nostalgia: The Influence of Societal Pessimism on Support for Populist Radical Right Parties, in: West European Politics 41.1, 28–52.

Strauß, Simon (2019): Bürgerliche Bekenntniskultur statt Identitätspolitik – Essay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 9–11, 4–9.

Susemichel, Lea; Kastner, Jens (2019): Linke Identitätspolitik: Partikularinteressen versus soziale Verantwortung? Download unter: [https://www.deutschlandfunk.de/linke-identitaetspolitik-partikularinteressen-versus.1184.de.html?dram:article\\_id=438586](https://www.deutschlandfunk.de/linke-identitaetspolitik-partikularinteressen-versus.1184.de.html?dram:article_id=438586) (Zugriff am 10.06.2020).

Susemichel, Lea; Kastner, Jens (<sup>2</sup>2020): Identitätspolitiken. Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken, Münster: Unrast.

Tajfel, Henri (1982): Social Identity and Intergroup Relations, Cambridge: Cambridge University Press.

Tajfel, Henri; Turner, John C. (1986): The Social Identity Theory of Intergroup Behaviour, in: Worchel, Stephen; Austin, William (Hg.): Psychology of Intergroup Relations, Chicago: Nelson-Hall, 7–24.

Taylor, Charles (2009): Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Thies, Sebastian (2015): Ethnische Identitätspolitik im Medienwandel, Göttingen: Wallstein.

Todorov, Tzvetan (2010): Die Angst vor den Barbaren. Kulturelle Vielfalt versus Kampf der Kulturen, Hamburg: Hamburger Edition.

Traverso, Enzo (Hg.) (2019): Die neuen Gesichter des Faschismus. Postfaschismus, Identitätspolitik, Antisemitismus und Islamophobie: Gespräche mit Régis Meyran, Köln/Karlsruhe: ISP.

Vance, J. D. (2016): Hillbilly Elegy. A Memoir of Family and Culture in Crisis, New York: Harper.

Wilde, Pieter de; Koopmans, Ruud; Merkel, Wolfgang; Strijbis Oliver; Zürn, Michael (Hg.) (2019): The Struggle over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism, Cambridge: Cambridge University Press.

**Zitationsvorschlag:**

Hidalgo, Oliver (2020): Kritik der Identitätspolitik in der Demokratie. (Ethik und Gesellschaft 1/2020: Kritik der Identitätspolitik). Download unter:  
<https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2020-art-6> (Zugriff am [Datum]).



**ethikundgesellschaft**  
**ökumenische zeitschrift für sozialetik**

**1/2020: Kritik der Identitätspolitik**

Sebastian Pittl

Was meint Identität? Begriffsgeschichtliche Erkundungen zu einem umkämpften Terminus

Annette Langner-Pitschmann

Eindeutigkeit und Bedeutung. Funktionen der Erzählung kollektiver Identität

Anna Maria Riedl

Identität – kein Wesensmerkmal, sondern Position. Identitätspolitische Organisation von Minderheiten

Gert Pickel

Kollektive religiöse Identitäten als Zentrum rechter Identitätspolitik?

Heinrich Wilhelm Schäfer

Religiöse Identitätspolitiken, Laizismus und politische Macht: ein Vergleich von Bedingungen und Strategien in Lateinamerika

Oliver Hidalgo

Kritik der Identitätspolitik in der Demokratie

Christoph Baumgartner

Kulturell-mehrheitsorientierte Identitätspolitik als Problem für Religionsfreiheit?

Wolfgang Palaver

Kollektive Identität aus christlicher Sicht: Von der Pseudospeziation zum offenen Patriotismus

Hermann-Josef Große Kracht

›Organische‹ oder ›solidaristische‹ Solidarität als Alternative zu kollektiver Identität?

Michelle Becka

Sozialetik ohne Herdenzugehörigkeit. Elemente einer anti-identitären Sozialetik

Walter Lesch

Konturen einer anti-identitären Sozialetik

Matthias Möhring-Hesse

Antiidentitäre Sozialetik